

Pressemitteilung

DKG zum Krankenhausgipfel in Berlin

DKG sieht Chancen, fordert aber grundlegende Korrekturen an Krankenhausreform: Vorhaltefinanzierung aussetzen – Hybrid-DRGs überarbeiten

Berlin, 8. September 2025 – Auf ihrem jährlichen Krankenhausgipfel in Berlin hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) bekräftigt, die Reformbestrebungen der Bundesregierung weiterhin konstruktiv zu unterstützen. Der Vorstandsvorsitzende, Dr. Gerald Gaß, betonte in seinem Eröffnungsstatement die Chancen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Krankenhausstrukturen für mehr Effizienz in der Versorgung angesichts der Herausforderungen des demographischen Wandels.

Gleichzeitig machte die DKG deutlich, dass zentrale Instrumente der Reform dringend nachgebessert werden müssen.

„Die derzeitige Form der Vorhaltefinanzierung löst kein strukturelles Problem. Im Gegenteil: Sie zementiert die Abhängigkeit der Krankenhäuser von ihren Fallzahlen und gefährdet bedarfsnotwendige Kliniken in der Fläche“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der DKG, Dr. Gerald Gaß. „Wir benötigen ein System der Vorhaltefinanzierung, das tatsächlich fallzahlenunabhängig funktioniert und weniger, nicht mehr Bürokratie verursacht.“

Die DKG kritisierte insbesondere, dass die Bundesregierung trotz offensichtlicher Mängel an dem untauglichen Konzept festhalte. Die Verschiebung der Einführungsfristen sei keine Lösung, so Gaß. „Das Modell erzeugt Fehlanreize, erhöht den Bürokratieaufwand und stabilisiert die wirtschaftliche Lage bedarfsnotwendiger Häuser in keiner Weise. Logische Konsequenz ist: vollständige Aussetzung der Vorhaltefinanzierung und Beauftragung der Selbstverwaltung mit einem wirklich fallzahlunabhängigen Alternativkonzept.“

Als Übergangsinstrument seien bestehende Zuschläge – etwa für Sicherstellung, Notfallstufen und Zentren – völlig ausreichend. Damit würde zugleich der hochumstrittene InEK-Abrechnungs-Groupier obsolet und man könnte den Groupier als reines Planungsinstrument nach dem Vorbild von NRW

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schlonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SEKRETARIAT/SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

weiterentwickeln. „Auch der Fixkostendegressionsabschlag (FDA) sollte sofort abgeschafft werden, denn die Krankenhäuser, die die politisch gewollte Konzentration realisieren, dürfen dafür nicht auch noch bestraft werden. Andernfalls werden Strukturreformen verzögert und Qualitätsgewinne verhindert“, so Gaß.

Ein weiterer Schwerpunkt des Krankenhausgipfels war die Überwindung der starren Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. Hier drängt die DKG auf eine grundlegende Überarbeitung der Hybrid-DRGs.

„Krankenhäuser bieten mit ihrer umfangreichen fachlichen und technischen Ausstattung einen hervorragenden Rahmen, der auch bei komplexen ambulanten Behandlungen die notwendige Sicherheit gewährleistet. Es kann nicht das Ziel der Politik sein, dass nun teure investorengetriebene Doppelstrukturen in Form von Praxiskliniken vor den Toren der Krankenhäuser entstehen. Wir müssen darauf achten, dass der Qualitätsstandard der Patientenversorgung auch bei Hybridleistungen erhalten bleibt“, betonte Gaß.

Die kurzfristig erweiterten Hybrid-DRG-Regeln seien kein tragfähiges Fundament für eine sinnvolle Ambulantisierung. Sie unterminierten die Länderplanung, destabilisierten die Krankenhausökonomie und verfehlten das Versorgungsziel. Stattdessen brauche es den Ausbau der ambulanten Versorgungsmöglichkeiten an den Krankenhäusern, der Qualität und Erreichbarkeit auch in dünn besiedelten Regionen sicherstelle. Die Kooperation mit niedergelassenen Ärzten, die als Partner der Kliniken bei der Hybridversorgung mitwirken können, sei ausdrückliches Ziel.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.874 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten und rund 23 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2023). Bei 141 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.